

Deutschland: Zivil- oder Friedensmacht?

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 92

Herausgegeben von Dieter Dowe, Anja Kruke und Michael Schneider

Michael Herkendell

Deutschland: Zivil- oder Friedensmacht?

**Außen- und sicherheitspolitische
Orientierung der SPD im Wandel
(1982–2007)**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4208-4
ISSN 0941-7621

© 2012 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Lektorat: ????

Umschlagfoto: ????

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg

Druck und Verarbeitung:

fgb – freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG, Freiburg i. Br.

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2012

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
1.1	Erkenntnisleitendes Interesse und Leitfragen	9
1.2	Untersuchungszeitraum und Untersuchungsrahmen	11
1.3	Zum Forschungsstand	13
1.4	Quellen	17
1.5	Zivilmacht – Ein theoretisches Konzept	19
1.5.1	Theoretische Grundlagen des Zivilmachtansatzes	20
1.5.2	Erklärungspotenzial und kritische Beurteilung des Zivilmachtansatzes	23
1.5.3	Leitbild Friedensmacht	25
1.6	Zum Begriff der Außenpolitik	26
1.7	Zum Begriff der Sicherheit und Sicherheitspolitik	29
1.7.1	Sicherheit	29
1.7.2	Sicherheitspolitik	29
	<i>Erweiterter Sicherheitsbegriff</i>	30
	<i>Menschliche Sicherheit</i>	31
1.8	Die SPD als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung	33
1.8.1	Der Aufbau der SPD	33
1.8.2	Parteiprogramme als Rahmen für politisches Handeln?	37
2	Die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD von 1945 bis 1982	39
2.1	Westintegration und der Primat der Wiedervereinigung	39
	<i>»Am Anfang waren die Alliierten« – außen- und sicherheitspolitische Konzeptionen der SPD (1945–1950)</i>	39
	<i>Von Korea nach Bad Godesberg (1950–1959)</i>	44
	<i>Der Deutschlandplan (1959)</i>	51
2.2	Neue Konzepte sozialdemokratischer Außenpolitik 1960–1969	52
2.3	Außenpolitik in den Jahren der sozialliberalen Koalition	58
	<i>Die Regierung Brandt</i>	58
	<i>Die Regierung Schmidt</i>	68
3	Neues Denken – außen- und sicherheitspolitische Konzepte zwischen NATO-Doppelbeschluss und Berliner Programm (1982–1989)	75
3.1	Prolog – Von der »Friedenspartei« zur »Raketenpartei« – Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss (1977–1982)	75
3.2	Außen- und Sicherheitspolitik in der Opposition – Die Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Konzepte als Folge des NATO-Doppelbeschlusses	82
	<i>Die »Raketenpartei« und das »Nein« zum Doppelbeschluss</i>	82
3.2.1	»Ostkontakte« und »zweite Phase« der Entspannungspolitik	85
	<i>Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft</i>	86
	<i>»Ostkontakte«</i>	87
	<i>Reaktionen auf die sozialdemokratischen Sicherheitskonzepte</i>	89
	<i>Reykjavik und die sozialdemokratische Perzeption des »Neuen Denkens« in Moskau</i>	91
	<i>»Out-of-Area«-Einsätze und europäische Sicherheit</i>	94

3.3	Das Berliner Grundsatzprogramm (1989)	95
3.3.1	Der Weg nach Berlin	95
3.3.2	Der Berliner Parteitag	97
3.4	Die SPD und die Bündnisfrage im Einigungsprozess (1989/90)	102
3.5	Zwischenfazit	105
4	Außen- und sicherheitspolitische Konzepte nach der Auflösung der Blockkonfrontation	107
4.1	Der Golfkrieg – Ausgangslage	107
4.1.1	Die sozialdemokratische Debatte um den deutschen Beitrag am Golfkrieg <i>Der Parteitag von Bremen (1991)</i>	109 115
4.2	Die SPD und der Bürgerkrieg in Jugoslawien	119
4.2.1	Ausgangslage	119
4.2.2	Die Haltung der SPD zur Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens und die Reaktion auf die Kriegshandlungen auf dem Balkan <i>Neuer Realismus: »Blauhelm«-Einsätze</i> <i>Der Parteitag von Wiesbaden (1993)</i>	123 124 137
4.2.3	Das Urteil von Karlsruhe im Juli 1994 und seine Folgen für die außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen der SPD	143
4.2.4	Zwischenfazit	158
5	Die SPD »out-of-area« (1998–2001)	161
5.1	Die Kosovokrise – Ausgangslage	161
5.1.1	Die SPD und der Kosovokrieg <i>Zwischen Beschlussexegese und Anpassungsdruck:</i> <i>Sozialdemokratisches Regierungshandeln während der Kosovokrise</i>	165 169
5.1.2	Zwischenfazit	184
5.2	Neuausrichtung und Aufbau von außen- und sicherheitspolitischen Instrumenten in den sozialdemokratisch geführten Ministerien BMZ und BMV	185
5.2.1	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	185
5.2.2	Bundesministerium für Verteidigung (BMVg)	187
5.3	Die SPD nach der Kosovokrise	190
5.3.1	Der Konflikt in Osttimor	190
5.3.2	Rüstungsexporte	191
5.3.3	Die Mazedonienkrise – Ausgangslage <i>Die SPD in der (Mazedonien-)Krise</i>	197 198
5.4	Zwischenfazit	203
6	War on Terror (2001)	205
6.1	Ausgangslage	205
6.2	Die SPD und die Diskussion über die Operation Enduring Freedom <i>Der Parteitag von Nürnberg (2001)</i>	205 211
6.3	Das ISAF-Mandat	213
6.4	Zwischenfazit	213

7	»War on War« (2002–2005)	215
7.1	Die SPD und der Irakkonflikt	215
7.2	Friedensmacht – Friedenspartei – Friedenskanzler: Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik von 2002–2005	223
7.3	Kanzlerdämmerung: Prima(t) (der) Außenpolitik	235
7.4	Zwischenfazit	244
8	Außenpolitik in der Großen Koalition (2005–2007)	247
8.1	Schwarz-rote Kontinuität	247
	»Rumble in the Jungle« – Die SPD und der Einsatz im Kongo (2006)	248
	Die Diskussion über den deutschen Beitrag an UNIFIL (2006)	249
	Tornadoeinsatz in Afghanistan (2007)	251
8.2	Der Hamburger Programmparteitag (2007)	255
9	Resüme	261
	<i>Ausblick</i>	274
Anhang		
	Abkürzungsverzeichnis	281
I	Quellen- und Literaturverzeichnis	283
II	Verwendete Zeitungen und Magazine	298
III	Interviewpartner	298
	Danksagung	300
	Über den Autor	301

1 Einleitung

1.1 Erkenntnisleitendes Interesse und Leitfragen

Dass ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler als erster deutscher Regierungschef Bundeswehrsoldaten in einen von der NATO geführten, völkerrechtlich umstrittenen Krieg entsenden würde, hätten sich 20 Jahre zuvor wohl nur die wenigsten Genossinnen und Genossen vorstellen können. Und noch ungläubiger hätten die braven Parteisoldaten wohl geguckt, wenn man ihnen gesagt hätte, dass einmal ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister erklären wird, dass Deutschland in Zukunft am Hindukusch verteidigt wird – einer Gebirgsregion zwischen Afghanistan und Pakistan. Dabei wurde diese vielfach angeführte und zitierte Sentenz des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck zum Sinnbild eines neuen außen- und sicherheitspolitischen Selbstverständnisses der SPD.

Obwohl Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Sozialdemokratie immer noch sehr kritisch begleitet werden, hat sich die Haltung der Partei zum Beispiel zu »out-of-area«-Einsätzen in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Insbesondere von 1998 bis 2001 wurden unter der rot-grünen Bundesregierung außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen getroffen, die tiefe innerparteiliche und strukturelle Veränderungen nach sich gezogen haben. Die Gründe für die tief greifenden Veränderungen sind in der, mit den Krisen auf dem Balkan und den Anschlägen des 11. Septembers, stürmischen weltpolitischen Großwetterlage zu suchen. Denn im Gegensatz zu früheren Ereignissen konnte sich die SPD als Regierungspartei nicht mehr in die oppositionelle »Schutzhütte« zurückziehen. Hinzu kam, dass gerade nach den schwierigen und emotionalen innerparteilichen Diskussionen der 90er-Jahre die operative Politik der neuen rot-grünen Regierung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik von den Verbündeten mit dem Brennglas beobachtet und analysiert wurde.

Die Sozialdemokraten im Schröder-Fischer-Kabinett standen damit aber vor der schwierigen Aufgabe, die außenpolitischen Traditionslinien der Partei fortzuschreiben und gleichzeitig den Ansprüchen der Bündnispartner zu entsprechen. Die Entscheidungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Einsatz im Kosovo und im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) wurden nicht zuletzt aus Gründen der Staatsräson gefällt, führten jedoch zu Spannungen vor allem mit linken Vertretern der Partei und der Bundestagsfraktion. Der Konflikt innerhalb der SPD um den richtigen außen- und sicherheitspolitischen Weg klang zunächst wie ein Wiederhall des Diskurses der 90er-Jahre. Erneut standen sich die Vertreter einer zivilmächtorientierten Politik und diejenigen, die das Leitbild der »Friedensmacht

Deutschland« propagierten, gegenüber. Einen parteiübergreifenden Konsens auf diesem Politikfeld schien es nicht zu geben. Dabei vertraten die Vertreter einer Zivilmacht Deutschland und Kritiker von militärischen Einsätzen keineswegs einen naiven Pazifismus. Vielmehr forderten sie von der Regierung, zivile Alternativen stärker in Betracht zu ziehen.

Ein außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, das als Kompass für die Partei hätte dienen können, wurde weder in den Jahren von 1998 bis 2005 unter Rot-Grün noch ab 2005 in der Großen Koalition gefunden. Trotz vieler Ansätze formulierte die Partei, die in den 70er-Jahren mit ihrer Außenpolitik Geschichte schrieb, keine neuen Visionen für eine Welt, in der schwache oder zerbrochene Staaten, ethnisch-religiöse Konflikte und ökologische Katastrophen zu neuen Herausforderungen werden.

Vielleicht liegt es auch an der Abwesenheit von Utopien und »großen Entwürfen«, dass sich etwa Niels Annen, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, als er 2007 die Abschaffung der Bundeswehr forderte¹, explizit auf das Berliner Programm von 1989 bezog, welches in erster Linie ein Resultat sicherheitspolitischer Überlegungen der späten 70er- und der 80er-Jahre war.

Dass das in der SPD stets stiefmütterlich behandelte Berliner Grundsatzprogramm auch 18 Jahre später noch zur Blaupause sicherheitspolitischer Reflektionen diente, ist dennoch überraschend. Daraus ergibt sich die Überlegung, inwieweit der konzeptionelle Diskurs der 80er-Jahre die außen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen in den 90er-Jahren und darüber hinaus, neben verschiedenen sozialdemokratischen Entscheidungsträgern und internationalen Ereignissen, geprägt hat und welche Möglichkeiten, aber auch Risiken, sich für die Partei aus den friedenspolitischen Traditionen bis in die Gegenwart ergeben.

Vor dem Hintergrund der einleitenden Ausführungen orientiert sich die vorliegende Studie an folgenden Leitfragen:

- Bei nahezu allen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD zwischen 1990 und 2005 wurden die historischen Traditionslinien der SPD sowie der innerparteiliche Willensbildungsprozess der 80er-Jahre nicht berücksichtigt. Dabei sollten die außen- und sicherheitspolitischen Strategien der 80er-Jahre, die im Berliner Programm manifestiert wurden, zum Referenzrahmen des außenpolitischen Handelns der Partei in den kommenden Jahren werden. Infolge der gesellschaftlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und der damit verbundenen fundamentalen Veränderungen nicht nur in der europäischen Sicherheitsarchitektur hatte das Grundsatzprogramm an Aktualität verloren. Dennoch muss bezweifelt werden, dass der jahrelange Diskurs in der SPD keine Spuren hinterlassen hat. Daher ist zu analysieren, welchen Einfluss die außen- und

1 Annen, Niels: Sicherheitspolitik im globalen Dorf: Aufgaben der Bundeswehr und ihre Grenzen, in: Albers, Detlev/Nahles, Andrea (Hg.): Linke Programmbausteine. Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD, Berlin 2007, S. 37; zit. als Annen (2007).

sicherheitspolitischen Konzepte der 80er-Jahre auf die nachfolgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen hatten.

- Auf die Frage eines Journalisten, was Regierungen am ehesten vom Kurs abbringen würde, soll der ehemalige britische Premierminister Harold Macmillan gesagt haben: »Events dear boy, events.« Auch der »Tanker SPD« musste in den vergangenen 25 Jahren aufgrund von »events« seinen außen- und sicherheitspolitischen Kurs immer wieder neu bestimmen. Dies galt für das Ende der Blockkonfrontation, ebenso wie für Ereignisse auf dem Balkan in den 90er-Jahren und die Geschehnisse nach dem 11. September. Wie groß der Einfluss internationaler Ereignisse auf die innerparteiliche Willensbildung der SPD war, soll in der vorliegenden Arbeit überprüft werden.
- Trotz des unbestrittenen Einflusses von internationalen Ereignissen auf den Diskurs der Sozialdemokratischen Partei wurde Politik doch zu allen Zeiten von Menschen gemacht. Welchen Einfluss die verschiedenen Entscheidungsträger und Multiplikatoren als Akteure innerhalb der Bundestagsfraktion und Partei auf die außen- und sicherheitspolitischen Positionsbestimmungen hatten, wird in dieser Arbeit zu analysieren sein.
- Die Frage, in welchem konzeptionellen Referenzrahmen Deutschland seine Rolle im internationalen System ausfüllen soll, war für die SPD nach dem Ende des Ost-West-Konflikts steter Anlass für innerparteiliche Auseinandersetzungen. Die vorliegende Untersuchung wertet den Diskurs zwischen den Vertretern einer stärker zivilmachtorientierten Politik und den Parteigängern einer friedensmachtorientierten Politik in den Reihen der Bundestagsfraktion, der Partei und der Bundesregierung (bei sozialdemokratischer Beteiligung) aus. Dabei wird untersucht, welchen Einfluss die unterschiedlichen Leitbilder sowohl auf die operative Politik als auch auf die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der deutschen Sozialdemokratie hatten.

1.2 Untersuchungszeitraum und Untersuchungsrahmen

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit erstreckt sich vom Ende der sozialliberalen Koalition im Oktober 1982 bis zum Hamburger Parteitag im Oktober 2007, auf dem die SPD ihr neues Grundsatzzprogramm verabschiedete, welches das Berliner Programm von 1989 ersetzte. Der Begrenzung des Untersuchungszeitraums liegt folgende Überlegung zugrunde: In der Regel beschäftigt sich die überwiegende Anzahl der jüngeren Arbeiten zur sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik entweder mit den Jahren der rot-grünen Regierung oder sie nehmen den Beitritt der neuen Länder im Jahr 1990 als Ausgangspunkt für ihre Untersuchungen. Jedoch sind die außen- und sicherheitspolitischen Diskussionen innerhalb der SPD bis in das neue Jahrtausend hinein ohne den Diskurs in den Achtzigern kaum zu verstehen.

Seinen Anfang nahm der Diskurs der 80er-Jahre bereits 1977 mit der Auseinandersetzung über die Neutronenbombe sowie dem Konflikt über die Dislozierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa, der als NATO-Doppelbeschluss in die bundesrepublikanische Geschichte eingegangen ist. Während die SPD von 1966 bis 1977 als »einheitlicher sicherheitspolitischer Akteur«² auftrat und es keine »Rivalitäten oder gar Machtkämpfe« zwischen der Parteiführung und der Bundestagsfraktion in außenpolitischen und sicherheitsrelevanten Fragen gab, markierte das Jahr 1977 diesbezüglich einen Einschnitt. Doch erst der Verlust der Regierungsmacht machte den Weg in der SPD frei, »ihr Sicherheitskonzept grundlegend zu diskutieren und zu erneuern.«³

Die konzeptionellen Ergebnisse, so kritisch sie von den Bündnispartnern und der schwarz-gelben Bundesregierung aufgenommen wurden, wurden jedoch von einer breiten Mehrheit in der Partei getragen und mit Verve vertreten. Mit dem gesellschaftlichen Zusammenbruch in Osteuropa 1989 hätten die sozialdemokratischen Sicherheitskonzepte jedoch auf den Prüfstand gestellt, kritisch diskutiert und überarbeitet werden müssen. Allerdings hielt der überwiegende Teil der SPD weiterhin an den alten, gerade noch im Berliner Grundsatzprogramm verabschiedeten Konzepten und Ideen fest. Es sollte bis 1997 dauern, bis die SPD eine grundlegende Positionsveränderung vornahm und in den sicherheitspolitischen Mainstream der europäischen und transatlantischen Partner zurückkehrte.

Doch mit dem sozialdemokratischen »Ja« zu »militärische[n] Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens« auch »gegen den Willen der Betroffenen«⁴ unter dem Dach der UNO war die Diskussion nicht beendet. Mit der Beteiligung am Kosovokrieg 1999, am Einsatz in Mazedonien und an der Operation Enduring Freedom 2001 wurde immer wieder die Frage nach einer belastbaren außen- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzeption gestellt. Eine Antwort auf diese Frage sollte ein neues Grundsatzprogramm geben, welches im Jahre 1999 von den Delegierten auf dem Parteitag in Berlin in Auftrag gegeben wurde. Dass ein solches Konzept notwendig war, zeigten auch die nachfolgenden innerparteilichen Diskussionen über die Einsätze im Kongo (2006), vor der Küste des Libanons (2006) und der Streit über den Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan (2007).

Die Entscheidung, die Studie mit dem Programmparteitag von Hamburg 2007 enden zu lassen, hat rein inhaltliche Gründe, da mit dem neuen Grundsatzprogramm zum einen die Außen- und Sicherheitspolitik der Schröder-Jahre programmatisch

2 Hofmann, Robert: Die Sicherheitspolitik der SPD 1966–1977. Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungspolitik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen, München 1987, S. 15; zit. als Hoffmann (1987).

3 Bender, Thomas: SPD und europäische Sicherheit. Sicherheitskonzept und Struktur des Sicherheitssystems in den achtziger Jahren, München 1991, S. 14; zit. als Bender (1991).

4 Antrag A 1, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, in: Parteitag Hannover (1997), Beschlüsse, S. 27; zit. als Antrag A 1(1997).

nachvollzogen wurden und zum anderen ein Kompass für eine konsistente, transparente und berechenbare Außenpolitik geschaffen werden sollte.

Die Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Union wird hier bewusst nicht systematisch bearbeitet, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zum Beispiel die Verträge von Maastricht und Amsterdam oder die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Beachtung finden. Die europäische Ebene wird allerdings nur soweit berücksichtigt, wie sie für das Verständnis hinsichtlich der Fragestellung notwendig ist.

1.3 Zum Forschungsstand

Die Untersuchungen über die programmatische und historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in ihrer über 140-jährigen Geschichte sind kaum zu überschauen.⁵ Vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war nach 1945 immer wieder Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Hierbei sind unter anderem die Arbeiten von Kurt Klotzbach (1945–1965)⁶, Udo F. Löwke (1949–1955)⁷, Lothar Wilker (1956–1966)⁸, Beatrix W. Bouvier (1959–1969)⁹ sowie von Klaus Schönhoven (1966–1969)¹⁰, Bernd Faulenbach (1969–1982)¹¹ und Robert Hoffmann (1966–1977)¹² zu erwähnen.

-
- 5 Vgl. hierzu: Arend, Peter: Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966–1975, Bonn 1975; zit. als Arend (1975); Brauns, Hans Jochen; Jaeggi, Urs u. a.: SPD in der Krise, Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt a. M. 1973; zit. als Brauns u. a. (1973); Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Einheit, Darmstadt 1992; zit. als Lösche/Walter (1992); Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD 1848–2002, 8. aktual. u. erw. Aufl., Bonn 2002.
 - 6 Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei, Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, mit einem Nachwort von Klaus Schönhoven, Bonn 1996; zit. als Klotzbach (1996).
 - 7 Löwke, Udo F.: Für den Fall, dass ..., Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949–1955, Mit einem dokumentarischen Anhang und dem letzten Interview Fritz Erlers, Bonn 1969; zit. als Löwke (1969).
 - 8 Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966, Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn 1977; zit. als Wilker (1977).
 - 9 Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition, Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990; zit. als Bouvier (1990).
 - 10 Schönhoven, Klaus: Wendejahre, Die Sozialdemokratie in der Zeit der großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004; zit. als Schönhoven (2004).
 - 11 Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit, Die SPD 1969–1982, Bonn 2011 (i. E.); zit. als Faulenbach (2011).
 - 12 Hoffmann (1987).

Mit dem Verlust der Macht in Bonn 1982 schien allerdings das wissenschaftliche Interesse an den außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD nachzulassen. Thomas Benders¹³ Dissertation über die sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD in den 80er-Jahren ist eine der wenigen Arbeiten, die sich ausführlich mit diesem Thema beschäftigt. Dabei diskutierte der Autor unter anderem das sozialdemokratische Konzept der »Gemeinsamen Sicherheit«. Er kam zu dem Erkenntnis, dass die Neuerungen in der sicherheitspolitischen Programmatik der SPD der Versuch der Partei war, die Rolle der Bundesrepublik Deutschland infolge ihrer gewachsenen Bedeutung nach den eigenen Vorstellungen mitzugestalten.¹⁴ Nina Philippi's vielfach zitierte Untersuchung über die Auslandseinsätze der Bundeswehr¹⁵ zeichnet die politische und juristische Debatte innerhalb der verschiedenen deutschen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, PDS, Bündnis 90/Die Grünen) von 1987 bis 1996 nach. In ihrer Arbeit kam sie zu dem Schluss, dass die Parteien erkannten, dass militärische Einsätze in bestimmten Fällen notwendig seien, da nur so die Einflussmöglichkeiten des eigenen Landes auf militärische Operationen maßgeblich wachsen.¹⁶

Eine detaillierte Analyse der europapolitischen Leitbilder der beiden großen Volksparteien in der Außen- und Sicherheitspolitik liefert das Buch »Die beiden großen deutschen Volksparteien und das »Friedensprojekt Europa«. Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht?«¹⁷ von Bernhard Rinke. Der Autor untersuchte dabei den Zeitraum von der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht bis zum Vorabend des Irakkrieges 2002. Dabei arbeitete Rinke in seiner Dissertation heraus, dass die SPD zwischen 1993 und 1998 nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien eine »vollständige Neuausrichtung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Programmatik«¹⁸ vornahm und das Leitbild der Zivilmacht durch das der Friedensmacht ersetzt wurde. Allerdings würden die erwähnten Leitbilder in der tagespolitischen Praxis mitunter eine gewisse inhaltliche Unschärfe aufweisen, so Rinke, was von den politischen Entscheidungsträgern durchaus gewollt sei, da dies den divergierenden Strömungen, insbesondere in der SPD, die Zustimmung erleichtern würde. Neben Rinke hat sich vor allem Astrid Stroh in ihrem Buch¹⁹ zur Organisation und innerparteilichen Willensbildung der SPD mit der Europapolitik beschäftigt. Die dicht belegte Veröffentlichung deckt dabei den Zeitraum von der ersten

13 Bender (1991).

14 Ebd., S. 219.

15 Philippi, Nina: Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands, Frankfurt a. M. 1997; zit. als Philippi (1997).

16 Ebd., S. 150.

17 Rinke, Bernhard: Die beiden großen deutschen Volksparteien und das »Friedensprojekt Europa«: Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht?, Baden Baden 2006; zit. als Rinke (2006).

18 Ebd., S. 286.

19 Stroh, Astrid: Die SPD im europäischen Einigungsprozeß. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1998, Hamburg 2004; zit. als Stroh (2004).

Direktwahl zum Europaparlament 1979 bis 1998 ab. Die Autorin resümiert, dass die Europapolitik der SPD eine »Dokumentation des Scheiterns einer Programmpartei«²⁰ sei. Den Modernisierern der deutschen Sozialdemokratie um Schröder fehle in der Europapolitik der »geistige Überbau«. Kurzfristige Lösungsansätze und Strategien, so die Autorin, ersetzen keine langfristige Planung.²¹

Ergänzt werden diese Publikationen von einer ganzen Reihe von Darstellungen zu einzelnen Aspekten. Hierzu gehören unter anderem Myounghwan Lees Dissertation über die Reaktion der SPD auf den Krieg in Korea²², Ludwig Wilhelm Maria Elsings Arbeit über die Beziehungen der SPD zu Polen²³ sowie Fabian Petersons Abhandlung über die »Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990«²⁴ und Daniel Sturms Buch »Uneinig in die Einheit, Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90«.²⁵

Nach dem Ende der dichotomen Weltordnung rückte die Außenpolitik der Bundesrepublik noch stärker in den Fokus der Wissenschaft. Neben historischen Gesamtdarstellungen²⁶ zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wurden eine ganze Reihe von einführenden Lehrbüchern und Sammelbänden²⁷ veröffentlicht, die sich mit der deutschen Außenpolitik in der postbipolaren Welt beschäftigen.

20 Ebd., S. 554.

21 Ebd., S. 557.

22 Lee, Myounghwan: Die Reaktion der deutschen Sozialdemokratie auf den Koreakrieg 1950–1951, Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln, Köln 1998; zit. als Lee (1998).

23 Elsing, Ludwig Wilhelm Maria: Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag, Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bonn 1981; zit. als Elsing (1981).

24 Peterson, Fabian: Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990. Strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?, Hamburg 1998; zit. als Peterson (1998).

25 Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit, Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006; zit. als Sturm (2006).

26 Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart 2001; zit. als Haftendorn (2001); Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Aufl. der aktual. Neuausg., Frankfurt a. M./Berlin 2003; zit. als Hacke (2003); Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988; zit. als Hacke (1988); Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2001; zit. als Schöllgen (2001); Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II, Deutsche Geschichte 1933–1990, München 2000; zit. als Winkler (2000).

27 Hellmann, Gunther unter Mitarbeit von Rainer Baumann und Wolfgang Wagner: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006; Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007; Weidenfeld, Werner/Kort, Karl-Rudolf: Handbuch zur deutschen Einheit, 1949 – 1989 – 1999, Frankfurt a. M. 1999;

Einen besonderen Schwerpunkt in der empirisch orientierten Forschung bilden hierbei die Arbeiten²⁸ zur Außen- und Sicherheitspolitik während der sozialdemokratisch geführten Koalition von 1998 bis 2005. Dabei sind die Analysen der Politikwissenschaftler durchaus unterschiedlich. So zeichnete der Politikwissenschaftler Hanns W. Maull ein eher negatives Bild der rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik und verortet Deutschland aufgrund des Zerwürfnisses mit den USA infolge des Irakkrieges auf »Abwegen«, wenn nicht sogar im »Abseits«.²⁹ Gregor Schöllgen attestierte der Außenpolitik von Gerhard Schröder hingegen, trotz schwerwiegender handwerklicher Fehler im Herbst 2002, ein angemessenes Selbstbewusstsein, welches dem politischen Gewicht Deutschlands entsprach.³⁰ Der Frankfurter Politikwissenschaftler Gunther Hellmann verweist in seinen Analysen auf die Diskrepanz zwischen dem gestiegenen außenpolitischen Regierungsanspruch der rot-grünen Bundesregierung und den finanziellen Aufwendungen für internationale Aktivitäten.³¹ Hellmann hielt jedoch den Anspruch der sozialdemokratisch geführten Regierung, »auf Augenhöhe« mit den USA agieren zu wollen, für überambitioniert.³² Zudem hätte die Fixierung der Schröder-Regierung auf Symbol- und Statuspolitik, die ihren Ausdruck in der Rhetorik vom »deutschen Weg« während der Irakkrise im Jahre 2002 und 2003 sowie im Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat fand, einen effektiven Verlust an Gestaltungsfähigkeit im Rahmen multinationaler Institutionen nach sich gezogen.

Doch trotz der zahlreichen Publikationen in den vergangenen Jahren gibt es, abgesehen von Michael Longerichs Studie über friedenspolitische Tradition der SPD von 1959 bis 1983³³, keine Arbeit in der jüngeren Vergangenheit, die sich mit dem außen- und sicherheitspolitischen Willensbildungsprozess der SPD in einem große-

Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai: Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007.

- 28 Maull, Hanns W. (Hg.): Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998–2003, Baden-Baden 2003; Lammers, Christiane/Schrader, Lutz (Hg.): Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Eine friedenswissenschaftliche Bilanz zwei Jahre nach dem rot-grünen Regierungswechsel, Baden-Baden 2001; Egle, Christoph/Zohlhörer, Reimut (Hg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005, Wiesbaden 2007; Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Baden-Baden 2004.
- 29 Maull, Hanns W.: Editorial: Deutschland auf Abwegen?, in: Maull (2003), S. 13.
- 30 Schöllgen, Gregor: Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2004, S. 15; zit. als Schöllgen (2004).
- 31 Hellmann, Gunther: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends 42 (Frühjahr), 12. Jahrgang, 2004, S. 80.
- 32 Hellmann, Gunther: Von Gipfelstürmern und Gratwanderern: »Deutsche Wege« in der Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2004, S. 38; zit. als Hellmann (2004).
- 33 Longerich, Michael: die SPD als »Friedenspartei« – mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Tradition auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959–1983, Frankfurt a. M. 1990; zit. als Longerich (1990).

ren Gesamtkontext beschäftigt und dabei die ideologischen Traditionen der Partei berücksichtigt. Zwar zeichnen Astrid Stroh und Bernhard Rinke in ihren Arbeiten programmatische Entscheidungsprozesse innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nach, allerdings liegen die Schwerpunkte beider Arbeiten auf Europa. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Untersuchung geschlossen werden.

1.4 Quellen

Das Datenmaterial zur außen- und sicherheitspolitischen Willensbildung innerhalb der SPD ist ausgesprochen gut. Dazu zählen Jahrbücher, Wahl- und Parteiprogramme sowie Beschlüsse und Protokolle der ordentlichen und außerordentlichen Parteitage. Daneben stehen seit einigen Jahren, dank der Retrodigitalisierung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, nahezu alle Dokumente des Sozialdemokratischen Pressedienstes von 1946 bis 1995 sowie die Veröffentlichungen des Sozialdemokratischen Presseservices, die von 1958 bis 1998 mit wechselnden Titelbezeichnungen erschienen sind, digital abrufbar zur Verfügung.³⁴ Dieses Material hat sich für die vorliegende Arbeit als besonders wertvoll erwiesen. Darüber hinaus wurden Aufsätze von sozialdemokratischen Entscheidungsträgern und außen- und sicherheitspolitischen Experten der SPD in nationalen und internationalen Fachzeitschriften ebenso wie Debattenbeiträge im Bundestag ausgewertet. Allerdings ist bei dem verwendeten Datenmaterial zu beachten, dass es sich insbesondere bei Beschlüssen oder Koalitionsvereinbarungen um Quellen handelt, die in der Regel auf langen Verhandlungen und Kompromissen zwischen den verschiedenen Akteuren basieren, was bei der Auswertung bedacht werden muss.

Mit der rasanten Verbreitung des Internets um die Jahrtausendwende hat sich die öffentliche Zugänglichkeit von aktuellen Quellen nochmals erweitert. Von der Bundesregierung bis zum einzelnen Abgeordneten, von der Parteispitze bis zum Ortsverein verfügen alle über die Möglichkeit, Informationen, Stellungnahmen, Reden und Positionspapiere auch rückwirkend, schnell und zum Teil ungefiltert einer großen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Um den Überblick nicht zu verlieren, wurden daher primär die Reden und Texte von außen- und sicherheitspolitisch relevanten Akteuren innerhalb der Partei, der Bundestagsfraktion sowie der Bundesregierung bei sozialdemokratischer Beteiligung untersucht.

Dies gilt auch für die Analyse von nationalen und internationalen Tageszeitungen und Magazinen. Seit einigen Jahren ist das Onlinearchiv der entsprechenden Verlage stetig angewachsen. Hinzu kommt, dass zum Beispiel *Der Spiegel*, *Die Zeit*,

³⁴ Vgl. dazu: Projektinformation zur Retrodigitalisierung des Sozialdemokratischen Presseservices, http://library.fes.de/cgi-bin/populo/spde.pl?db=spde&t_projekt (abgerufen am 25. August 2009).

das *Time Magazine* oder die *Times* auch einzelne ältere Artikel oder ganze Ausgaben digitalisiert haben und online zur Verfügung stellen. Allgemein lässt sich feststellen, dass man bei allen sogenannten »Qualitätszeitungen« sowie einer ganzen Reihe regionaler Zeitungen mindestens auf das vollständige Zeitungsarchiv bis etwa 1993 zurückgreifen kann. Wie umfangreich die Quellenlage seit der »digitalen Revolution« geworden ist, zeigt unter anderem Hans Georg Lehmanns »Deutschland-Dokumentation«.³⁵ Hierbei handelt es sich um eine multimediale Quelldatenbank auf DVD, die mehr als 100.000 Textseiten sowie Bild- und Tondokumente von 1945 bis 2004 umfasst.

Auf unveröffentlichte Quellen musste weitestgehend verzichtet werden, da die im Archiv der sozialen Demokratie der FES in Bonn aufbewahrten Bestände im Allgemeinen einer Sperrfrist von 20 Jahren unterliegen. Vorangegangene Untersuchungen zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD haben allerdings gezeigt, dass die Auswertung unveröffentlichter Quellen »nicht sonderlich relevant«³⁶ war.

Diese Lücke konnte jedoch durch die durchgeführten Interviews mit außen- und sicherheitspolitischen Experten und Entscheidungsträgern innerhalb der SPD geschlossen werden. Es handelte sich hierbei um nicht standardisierte explorative Interviews (Leitfadeninterview), bei denen das Thema und eine Frageliste vorgegeben waren.³⁷ Um einen natürlichen Gesprächsverlauf zu ermöglichen, konnten die Fragen bei dieser Form des Interviews auch außerhalb der Reihe gestellt werden. So bestand die Möglichkeit, bereits eröffnete Themengebiete weiter zu vertiefen und zu detaillieren.³⁸

Die Auswahl der Interviewanfragen wurde nach der Zugehörigkeit der Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuss und im Verteidigungsausschuss getroffen. So sollte dem »Problem der Stichprobenauswahl«³⁹ entgegengetreten werden. Alle Interviewpartner, die sich für ein Gespräch zu Verfügung gestellt haben, gehörten zu dieser Gruppe.⁴⁰ Eine Ausnahme bildeten die Interviews mit dem ehemaligen Präsidenten des Europaparlaments Klaus Hänsch, mit Heidemarie Wieczorek-Zeul, die meine Interviewfragen schriftlich beantwortete und zu diesem Zeitpunkt Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war, mit Gernot Erler, der zu diesem Zeitpunkt Staatsminister im Auswärtigen Amt war, und mit dem Bundes-

35 Hans Georg Lehmann (Hg.): Deutschland-Dokumentation 1. Januar 1945–31. Januar 2004.

36 Longerich (1990), S. 20; vgl. auch: Hoffmann (1987), S. 19.

37 Vgl. dazu: Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 3. überarb. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 42; zit. als Gläser/Laudel (2009).

38 Vgl. dazu: Nohl, Arnd-Michael: Interview und dokumentarische Methode. Anleitung für die Forschungspraxis, Wiesbaden 2006, S. 22.

39 Gemeint ist das profane Problem, dass der Gesprächspartner zu Unrecht als Experte klassifiziert wird oder die Zuweisung nicht so leicht möglich ist. Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Pickel, Susanne: Methoden der vergleichenden Politikwissenschaften. Eine Einführung, Wiesbaden 2009, S. 182; zit. als Laut et al. (2009).

40 Eine Liste der Interviewpartner befindet sich im Anhang.

minister a. D. Egon Bahr. Trotz der sorgfältigen Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner »unterliegen nicht wenige Experten ganz spezifischen Argumentationszwängen, die sie nur schwer überwinden können«⁴¹, und wodurch die Ergebnisse verfälscht oder zumindest schwerer zu interpretieren sind. Es muss daher immer kritisch hinterfragt werden, inwieweit die Gesprächspartner durch ihre parteipolitische Ausrichtung, ebenso wie durch ihre Einbindung in bestimmte politische Netzwerke, in ihren Aussagen beeinflusst wurden und somit einer *sozialen Erwünschtheit* entsprochen haben. Aus diesem Grund muss das Interview stets in den Gesamtkontext gestellt werden.⁴²

Darüber hinaus kann das individuell Erlebte, zum Beispiel bei Kollektivereignissen wie dem Fall der Mauer 1989 oder den Anschlägen vom 11. September 2001, durch die massenmediale Aufarbeitung überlagert werden. Ivonne Küsters gibt des Weiteren zu bedenken, dass die vergangenen Ereignisse vielfach reflektiert wurden und aus dem heutigen Blickwinkel interpretiert werden, sodass sich ein veränderter Blick auf die Vergangenheit ergibt.⁴³ Die Transkription der Interviewmitschriften erfolgte schließlich selektiv im Hinblick auf das Forschungsinteresse, wobei die Reduktion der Auswertungsergebnisse anhand einer fragestellungsbezogenen Prioritätenliste erfolgte.⁴⁴

1.5 Zivilmacht – Ein theoretisches Konzept

In den frühen 70er-Jahren verwendete François Duchêne erstmals den Begriff »Zivilmacht Europa« für das friedliche Miteinander der Staaten der Europäischen Gemeinschaft untereinander und in der Weltpolitik. Der Begriff der Zivilmacht wurde in den folgenden Jahren zum Ausgangspunkt weiterführender Reflexionen über die Rolle der EG im internationalen System. Christopher Hill entwickelte Anfang der 90er-Jahre das Konzept der »Zivilmacht Europa« weiter und übertrug die friedenspolitische Qualität der zivilen Beziehungen innerhalb der EG auch auf die Außenbeziehungen der Gemeinschaft.⁴⁵ In Deutschland griffen Hanns W. Maull und Knut Kirste den Begriff auf und formulierten das idealtypische Rollenkonzept

41 Laut et al. (2009), S. 182.

42 Ebd., S. 182.

43 Küsters, Ivonne: Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 31 u. 34; Niethammer, Lutz (Hg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«, Frankfurt a. M. 1985, S. 350 f.

44 Flick, Uwe: Design und Prozess qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek b. Hamburg 2000, S. 263 f.

45 Vgl. Jünemann, Annette/Schörnig, Niklas: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Potenzielle Gefahren in einer sich abzeichnenden Eigendynamik, in: Schlotter, Peter (Hg.): Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der »Zivilmacht Europa«, Baden-Baden 2003, S. 104 f.; vgl. Hill, Christopher: European Foreign Policy: Power Bloc, Civilian Model – or Flop?, in:

der Zivilmacht für das außenpolitische Verhalten der Bundesrepublik Deutschland und Japans.⁴⁶ Die Verdienste von Maull und Kirste bestehen darin, dass sie einen Kriterienkatalog aufgestellt haben, über den sie den Charakter einer Zivilmacht positiv definierten⁴⁷, im Gegensatz zu anderen Autoren, wie Lofthouse und Long, die bereits den Nichtbesitz von militärischen Mitteln als hinreichend für den Status einer Zivilmacht erachteten.⁴⁸

Zivilmacht nach Maull bezeichnet dreierlei. Zunächst einmal wird damit ein Akteur klassifiziert, der für sich beansprucht, die internationalen Beziehungen mitzugestalten, sich in Zielsetzung und Strategie jedoch von klassischen Großmächten abgrenzt (Zivilmacht als Macht). Des Weiteren bezeichnet Zivilmacht ein spezifisches Rollenkonzept, was eine besondere Form der außenpolitischen Wertorientierung und des außenpolitischen Stils kennzeichnet. Die Zivilmacht arbeitet zielgerichtet auf den Prozess der Zivilisierung der internationalen Politik hin (Zivilmacht als Rolle). Schließlich ist Zivilmacht auch das Mittel zur Erreichung eines bestimmten Ziels, also eine außenpolitische Strategie, die auf spezifischen Instrumenten basiert (Zivilmacht als Medium).⁴⁹

1.5.1 Theoretische Grundlagen des Zivilmachtansatzes

Das Konzept der Zivilmacht begründet sich auf der Zivilisationstheorie von Norbert Elias. Elias zeichnete den Prozess der innergesellschaftlichen Zivilisierung seit dem Mittelalter nach⁵⁰, welcher für ihn in der zunehmenden Bändigung der menschlichen Affekte sowie der Bedürfnis- und Triebkontrolle durch die Gesellschaft besteht. Das »Peinlich-Werden der Anwendung von Gewalt im Konfliktaustrag«⁵¹ erfolgte dabei

Rummel, Reinhardt (ed.): *The Evolution of an International Actor, Western Europe's New Assertiveness*, Boulder 1990, S. 31-55.

46 Maull, Hanns W.: *Germany and Japan: The New Civilian Powers*, in: *Foreign Affairs*, 69 (1990) 5, S. 91-106; zit. als Maull (1990).

47 Vgl. Kirste, Knut/Maull, Hanns W.: DFG-Projekt »Zivilmächte«. Fallstudie: Zivilmacht und Rollentheorie, Trier 1994, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/zib.pdf> (abgerufen am 30. Juni 2007); zit. als Kirste/Maull (1994); Maull, Hanns W./Kirste, Knut: DFG-Projekt »Zivilmächte«. Schlussbericht und Ergebnisse. Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985–1995: Eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade, Trier 1997; zit. als Maull/Kirste (1997).

48 Vgl. Lofthouse, Alexander/Long, David: *The European Union and the civilian model of foreign policy*, in: *Journal of European Integration*, 19 (1996) 2-3, S. 181-196.

49 Kirste, Knut: *Rollentheorie und Außenpolitikanalyse: Die USA und Deutschland als Zivilmächte*, Frankfurt a. M. 1998, S. 45; zit. als Kirste (1998).

50 Vgl. Elias, Norbert: *Über den Prozess der Zivilisierung*, Bd. 2, Frankfurt 1976, S. 313; zit. als Elias (1976).

51 Meyers, Reinhard: *Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen*, in: *Grundwissen Politik*, hg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 272.

im Zuge einer zunehmenden gesellschaftlichen Verflechtung. Der Druck der Gesellschaft auf das Individuum, sich konform zu verhalten, wurde so groß, dass der Einzelne einen automatischen Mechanismus zur Selbstkontrolle entwickelte, um eigene Verstöße gegen gesellschaftliches Verhalten zu verhindern.⁵² Daraus folgte, dass das Individuum auf die Anwendung von physischer Gewalt verzichtete und stattdessen eine Monopolisierung der Gewaltanwendung durch gesellschaftliche beziehungsweise staatliche Organe befürwortete.⁵³

Dabei muss die Zivilisierung nicht an den Grenzen der Nationalstaaten enden. Elias überträgt per Analogieschluss den Prozess der Zivilisierung auch auf die internationalen Beziehungen. Er hielt es für möglich, dass es zur Bildung »eines irdischen Gewaltmonopols, eines politischen Zentralinstituts der Erde«⁵⁴ kommt, das der Pazifizierung der internationalen Beziehungen dient.

Dieter Senghaas' Überlegungen, den Zivilisationsbegriff im Sinne einer zunehmenden Zurückdrängung und Überwindung der Gewaltanwendung auf die internationalen Beziehungen zu übertragen, bauten auf Elias' Erkenntnissen auf. Für Senghaas bedeutete Zivilisierung eine qualitativ neue Form der Konfliktregelung. Aus einer verstärkten Zusammenarbeit und Kooperation der Staaten untereinander folgt, dass das Souveränitätsprinzip zunehmend aufgelöst wird, was sich ebenfalls auf das Gewaltmonopol auswirken kann. Neue Formen der Konfliktregelung könnten entstehen, die letztendlich auch zu neuen Standards im zivilisierten Verhalten untereinander führen können. Bei diesem Zivilisierungsprozess geht es vor allem um die Einhegung von Macht und um die internationale Etablierung friedlicher Konfliktlösungen mit dem Ziel der Institutionalisierung.⁵⁵

Es spricht somit nichts gegen die Annahme, dass Zivilisierung als historisch gesellschaftliches Phänomen an den Grenzen des Nationalstaates enden muss.⁵⁶ Eine zunehmende Institutionalisierung der internationalen Beziehungen führt zu einer Normierung beziehungsweise Verrechtlichung, die zwar keine absolute Bindekraft hat, jedoch in Analogie zu Elias das »Peinlich-Werden« von nicht legitimiertem Handeln oder der Anwendung von Gewalt fördert. So würde auch eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen möglich.

Maull und Kirste griffen in ihrer Studie⁵⁷ den von Elias entwickelten Gedanken auf und sahen die Aufgabe einer Zivilmacht darin, durch Selbstbindung den Prozess der nationalen Zivilisierung auch auf internationaler Ebene zu fördern, indem sie durch eine Zivilisierungspolitik günstige Voraussetzungen dafür schaffen und so die interna-

52 Elias (1976), S. 317.

53 Ebd., S. 320.

54 Ebd., S. 452.

55 Vgl. Senghaas, Dieter: *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz*, Frankfurt a. M. 1994, S 19; zit. als Senghaas (1994).

56 Vgl. Kirste (1998), S. 47.

57 Vgl. Maull/Kirste (1997).

tionale Zivilisierung vorantreiben.⁵⁸ Dabei ist das Ziel des Zivilisierungsprozesses nicht die Abschaffung der zwischenmenschlichen beziehungsweise zwischenstaatlichen Phänomene Macht oder Gewalt, sondern »ihre Einbindung in gesellschaftliche bzw. supranationale Strukturen und Kontrolle über Entscheidung und Verfügbarkeit.«⁵⁹

Ähnlich wie das Individuum im innergesellschaftlichen Zivilisierungsprozess auf physische Gewalt verzichtet und ein staatliches Gewaltmonopol befürwortet, erheben Zivilmächte den gewaltfreien, zwischenstaatlichen Konfliktaustrag zum Selbstzwang und überführen gleichzeitig partielle staatliche Souveränität auf internationale Institutionen.⁶⁰ Dennoch ist der Einsatz von militärischen Mitteln als Ultima Ratio zur Durchsetzung von Rechtsnormen vorgesehen, unterliegt aber strengen »Regeln«. So muss der Einsatz auf einer kollektiven Entscheidung basieren und ist »strictly to purposes of effective peace-keeping, peace-making, deterrence, and defence against the aggressive use of force«⁶¹ verschrieben.

Für die Herausbildung des Rollenkonzeptes der Zivilmacht in Deutschland spielten vor allem historische Erfahrungen sowie die damit einhergehenden Phänomene der gesellschaftlichen Lernfähigkeit, Vernunft und Einsicht eine Rolle. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es insbesondere die USA, die Westdeutschland zu einer zivilmachtorientierten Außenpolitik anhielten und damit einen starken Einfluss auf den alter-part⁶² des westdeutschen Rollenkonzeptes hatten. Gleichzeitig beruhte aber der von der Bundesrepublik Deutschland gewählte Kurs, so Kirste, auf eigenen, bewusst getroffenen Entscheidungen (ego-part).⁶³ Das Rollenkonzept der Zivilmacht ist somit mehr als nur eine Verhaltensanpassung des Akteurs an seine Umwelt.⁶⁴ Durch kollektive Lernprozesse aus historischen Erfahrungen werden Prämissen, Werte und Ziele infrage gestellt und dem Verhalten angepasst.⁶⁵

Zivilmacht soll hier verstanden werden als eine mögliche außenpolitische Orientierung und ist die Konkretisierung des allgemeinen Begriffs »Rollenkonzept« für

58 Ebd., S. 22.

59 Kirste (1998), S. 47.

60 Ebd., S. 47; vgl. Maull/Kirste (1997), S. 22 f.

61 Maull, Hanns, W.: The Concept and Its Relevance for Security Issues, in: Babic, Lidija/Huldt, Bo (eds.): Mapping the Unknown, Towards a New World Order, Stockholm 1993, S. 123; zit. als Maull (1993).

62 Unter »alter-part« versteht man den Einfluss der Fremdzuschreibung auf das Rollenverhalten. So kommt Christer Jönsson in seiner Studie über die Supermächte USA und UdSSR zu dem Schluss, dass sich die USA und die Sowjetunion erst durch die Anerkennung durch andere Staaten als Supermächte verstanden haben und dementsprechend handeln konnten. Vgl. Jönsson, Christer: Superpower, London 1984.

63 Kirste (1998), S. 48.

64 Vgl. Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorie-debatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994), S. 155.

65 Vgl. Kirste (1998), S. 48.

einen staatlichen Akteur und sein außenpolitisches Verhalten.⁶⁶ Im Gegensatz zu positivistischen Ansätzen, die von einem Vernunftsbegriff ausgehen, der an Rationalität (Macht, Interesse) geknüpft ist, stellt der reflexive Ansatz der Rollentheorie gemeinsame Normen und Werte in den Mittelpunkt, ohne dabei staatliche Interessen auszublenden. Nationale Interessen unterliegen in zivilmachtenorientierten Staaten jedoch dem direkten Einfluss von Normen und Werten, die das Ergebnis kollektiver Lernprozesse sind.⁶⁷ Gleichzeitig sind Zivilmächte »states which are willing and able to advance the civilianization of the international system.«⁶⁸

Der rollentheoretische Ansatz der Zivilmacht soll daher idealtypisch folgendermaßen definiert werden:

»Eine Zivilmacht ist ein Staat, dessen außenpolitisches Rollenkonzept und Rollenverhalten gebunden sind an Zielsetzungen, Werte, Prinzipien sowie Formen der Einflußnahme und Instrumente der Machtausübung, die einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienen.«⁶⁹

1.5.2 Erklärungspotenzial und kritische Beurteilung des Zivilmachtansatzes

Das rollentheoretische Zivilmachtkonzept zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass gesellschaftliche Werte, Ideen und Normen bei der Interessenformulierung des staatlichen Akteurs zur Kenntnis genommen werden, im Gegensatz zum (Neo-)Realismus und (Neo-)Institutionalismus, die den Akteur nur aus einer Außenperspektive beobachten.⁷⁰ Folglich lassen sich durch den Zivilmachtansatz Verhaltensweisen staatlicher Akteure verdeutlichen, die mit den klassischen Theorien nicht zu erklären wären. Als Beispiel dient hier die neorealistische Vorhersage von Kenneth Waltz, dass Deutschland nach der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität, ebenso wie jedes

66 Ebd., S. 48; Maull/Kirste (1997), S. 21.

67 Ebd., S. 48 f.

68 Maull (1993), S. 126.

69 Maull/Kirste (1997), S. 22.

70 Vgl. Kirste/Maull (1994). Dazu auch: Gu, Xuewu: Theorien der internationalen Beziehungen: Einführung, München, Wien 2000, S. 48; zit. als Gu (2000); Meyers, Reinhard: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Grundwissen Politik, Bonn 1993, S. 23; Waltz, Kenneth: Theory of international Politics, Reading, Massachusetts, London 1979, S. 102; zit. als Waltz (1979). Czempiel, Ernst-Otto: Neue Sicherheit in Europa. Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik, Frankfurt a. M. 2002, S. 23; zit. als Czempiel (2002); vgl. auch: Czempiel, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999, S. 31; zit. als Czempiel (1999).

andere Land, nach atomarer Bewaffnung streben würde.⁷¹ Diese Vorhersage hat sich als falsch erwiesen. Eine rollentheoretische Analyse der außenpolitischen Rhetorik der deutschen Entscheidungsträger macht deutlich, dass die autonome Verfügungsgewalt über Atomwaffen für das deutsche Rollenverständnis nicht akzeptabel ist und die zivilmachtorientierte Außen- und Sicherheitspolitik konterkarieren würde.⁷² So dient das Zivilmachtkonzept als Analyseinstrumentarium nicht nur der Außenpolitikanalyse, sondern auch der Außenpolitikberatung, denn es ist nicht nur bestrebt zu erörtern, »warum die Außenpolitik gewisser Staaten [...] spezifisch ist, sondern [gibt] diesen Staaten Instrumente an die Hand [...], mit denen sie in der veränderten Welt der internationalen Beziehungen ihre Interessen effektiv und weitsichtig wahrnehmen können.«⁷³

Aber auch das Zivilmachtkonzept hat seine Schwächen. So weist zum Beispiel der Begriff der Zivilmacht eine Unschärfe auf, da er sowohl für den Akteur, einen Prozess aber auch für das idealtypische Rollenkonzept stehen kann.⁷⁴ Wenn in dieser Arbeit von Zivilmacht die Rede ist, so ist damit das Rollenkonzept gemeint.

Zudem wird kontrovers diskutiert, wann ein Land dem Idealtypus der Zivilmacht entspricht. Reichen zwei Kategorien aus oder müssen alle Kategorien erfüllt sein? Henning Tewes, der den Zivilmachtsansatz von Hanns W. Maull einer eingehenden Prüfung unterzogen hat, kritisierte die unzureichenden Differenzierungsmöglichkeiten zwischen Zivilmächten und Nichtzivilmächten. Tewes stellte fest, dass es sich bei diesem rollentheoretischen Ansatz vielmehr um ein »Kontinuum handelt, nach dem Staaten mehr oder weniger ausgeprägt als Zivilmächte agieren.«⁷⁵ Annette Jünemann und Niklas Schörnig führten Tewes Gedanken weiter und vertreten die Auffassung, »dass mit dem Zivilmachtkonzept primär ein Idealtypus im Weber'schen Sinn beschrieben wird, mit dessen Hilfe Aussagen über die Realität gewonnen werden können und der einzelnen Staaten gleichzeitig als Leitbild, d. h. als anzustrebendes Ideal, dienen kann.«⁷⁶

Letztendlich muss sich das Zivilmachtkonzept an den außenpolitischen Realitäten messen lassen. Insbesondere der Einsatz von militärischen Mitteln von und durch Zivilmächte ist ein Lakmустest für dieses Konzept. Dabei wurde bereits darauf hin-

71 Waltz, Kenneth N.: *Peace, Stability and Nuclear Weapons*, Institute on Global Conflict and Cooperation, Policy Paper # 15, University of California, Berkeley 1995, <http://escholarship.org/uc/item/4cj4z5g2> (abgerufen am 28.8.2007), S. 5; zit. als Waltz (1995).

72 Vgl. Kirste (1998), S. 59.

73 Tewes, Henning: *Das Zivilmachtkonzept in der Theorie der internationalen Beziehungen*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 2/1997, S. 348; zit. als Tewes (1997).

74 Pfeil, Florian: *Zivilmacht für Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990–1998*, in: *Schriftenreihe Politica*, Bd. 40, Hamburg 2000, S. 27.

75 Tewes (1997), S. 358.

76 Jünemann, Annette/Schörnig, Niklas: *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Potenzielle Gefahren einer sich abzeichnenden Eigendynamik*, in: Peter Schlotter (Hg.), *Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der »Zivilmacht Europa«*, Baden-Baden 2003, S. 105.

gewiesen, dass Zivilmächte den Einsatz des Militärs nicht grundsätzlich ablehnen. Sie müssen vielmehr in der Lage sein, »sich gegen militärische Gewaltanwendung wirksam zu schützen und Prinzipien notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen.«⁷⁷ Maull und Kirste sprechen in diesem Zusammenhang von strikten Regeln, die eingehalten werden müssen, führen diese aber nicht weiter aus. Als funktionales Kriterium wird auf humanitäre Ziele verwiesen, als formales Kriterium muss der Einsatz durch eine kollektive Entscheidung herbeigeführt werden. Dabei sind gerade die formalen Kriterien mit einer Reihe von Ausnahmen versehen. Warum sollte etwa Deutschland nach dem Kosovo-Einsatz immer noch als Zivilmacht gelten, obwohl dieser Krieg weder eine breite internationale Unterstützung hatte noch vom Sicherheitsrat legitimiert wurde?⁷⁸

Daraus folgt für Tewes, dass es keine idealtypische Zivilmacht gibt. Damit besteht aber auch nicht die Gefahr, in die von Werner Link prophezeite »Idealismusfalle« zu tappen. Deutschland würde mit einer zivilmachtorientierten Außenpolitik nicht gleich allianz- und europaunfähig werden.⁷⁹ Denn auch die Entscheidungsträger der Zivilmacht Deutschland handeln zwangsläufig nicht nur wertorientiert, sondern auch, wie es der Kosovo-Einsatz gezeigt hat, durchaus rational.

1.5.3 Leitbild Friedensmacht

Beim Leitbild der Friedensmacht handelt es sich in einem gewissen Sinne um eine Zivilmacht mit militärischen Mitteln, wie sie auch schon von Maull zum Teil beschrieben wurde. Nach der Ansicht von Hans-Georg Erhart, prominenter Befürworter des Modells der Friedensmacht, hätte eine Zivilmacht ohne Zwangsmittel keine Möglichkeit, »einen wirksamen Beitrag zur Wahrung der internationalen Ordnung zu leisten.«⁸⁰ Dabei ist zu erwähnen, dass Erhart sein Modell der Friedensmacht den Konzepten von François Duchêne, der die damalige EG als rein zivile Macht verstand und den militärischen Bereich vollkommen der NATO überantworten wollte, und

77 Maull, Hanns W.: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, in: Europa Archiv, Jg. 47, Nr. 10, 1992, S. 273; vgl. Maull (1993), S. 123.

78 Dembinski, Matthias: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Abschied vom Leitbild »Zivilmacht Europa«, in: Schlotter, Peter (Hg.): Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der »Zivilmacht Europa«, Baden-Baden 2003, S. 75.

79 Link, Werner: Alternativen deutscher Außenpolitik, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 46, H. 5, 1999, S. 140.

80 Ehrhart, Hans-Georg: Leitbild Friedensmacht? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung, in: Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven, Probleme, Baden-Baden 2002, S. 244.; zit. als Erhart (2002).

dem Gegenentwurf von Hedley Bull, der sich für eine von den USA unabhängige europäische Militärmacht aussprach, als neues Leitbild für Europa entgegengesetzte.⁸¹

Auch wenn Erhart mit dem Konzept der Friedensmacht in erster Linie die EU im Blick hatte, lässt sich das Modell auch auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik übertragen. Nach Erhart weist eine Friedensmacht fünf typische Charakteristika auf. Eine Friedensmacht muss danach

- »erstens normativ auf kooperative Sicherheit und Frieden ausgerichtet sein;
- zweitens präventiven Strategien eindeutig Vorrang einräumen, ohne jedoch regelkonforme Interventionen mit Zwangsmitteln auszuschließen;
- drittens über die notwendigen zivilen und militärischen Instrumente zur konstruktiven Konfliktbearbeitung verfügen;
- viertens eng mit gesellschaftlichen Akteuren, insbesondere mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten und
- fünftens intensive kooperative Beziehungen zu den inklusiven Sicherheitsorganisationen UNO und OSZE unterhalten.«⁸²

Anders als das Leitbild der Zivilmacht, welches der Großtheorie des Idealismus zugeordnet wird, kann die Friedensmacht nach diesen genannten Grundsätzen dem neoliberalen Institutionalismus zugewiesen werden.⁸³ Denn anders als die Befürworter der Zivilmacht, die vorrangig auf zivile Mittel als Ordnungsmittel im internationalen System setzen, drängen die Vertreter der Friedensmacht auf Konfliktprävention »sowie die Vertiefung internationaler Institutionen bzw. die Erweiterung institutionalisierter Kooperationszusammenhänge. Dabei wird dem Militär im Allgemeinen nur noch eine residuale, in bestimmten Situationen jedoch sehr wohl entscheidende Bedeutung beigemessen.«⁸⁴

1.6 Zum Begriff der Außenpolitik

Auf den ersten Blick scheint der Begriff »Außenpolitik« eindeutig definierbar zu sein. Unter Außenpolitik, so das Alltagsverständnis, werden die »weitestgehend routinisierten Handlungen«⁸⁵ von Politikern gegenüber anderen Staaten oder deren Repräsentanten gefasst. Dabei reicht die Spannweite der Handlungen, die medial verbreitet werden, vom Strickjackentreffen im Kaukasus über Saunagipfel und Schlittenfahrten durch Moskau bis zu hin zum Abschreiten von Ehrenformationen und internationa-

81 Erhart, Hans-Georg: Abschied vom Leitbild »Zivilmacht«? Konzepte zur EU-Sicherheitspolitik nach dem Irak-Krieg, in: Varwick, Johannes/Knelangen, Wilhelm (Hg.): Neues Europa – alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess, Opladen 2004, S. 160; zit. als Erhart (2004).

82 Ebd., S. 161.

83 Rinke (2006), S. 88.

84 Ebd., S. 91.

85 Hellmann (2006), S. 13.

len Konferenzen, auf denen die Damen und Herren hinter ihren Namensschildern kauern und gegen die Müdigkeit ebenso wie gegen die Tücken der Dolmetschertechnik zu kämpfen scheinen.⁸⁶

In der Überzeugung zu wissen, was unter »Außenpolitik« zu verstehen sei, hielt man ein Nachdenken darüber für wenig erforderlich und so wurde der Begriff in der Wissenschaft lange stiefmütterlich behandelt. Sollte die Begrifflichkeit »Außenpolitik« definiert werden, wurde Bezug auf den Begriff der Diplomatie, »den man im weiteren Sinne nicht nur als Gesamtheit der internationalen Beziehungen verstand, sondern »gelegentlich mit der Außenpolitik des Staates« gleichsetzte«⁸⁷, genommen. Mit dem Terminus der Diplomatie wurde der Begriff »Außenpolitik« allerdings weder ausreichend noch angemessen beschrieben.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Konzept der Außenpolitik von der Unterscheidung zwischen einem Innen und einem Außen, zwischen jenen, die zu »uns« gehören, und den »Fremden«, lebt.⁸⁸ Während jedoch die Innenpolitik zentralistisch und hierarchisch geordnet ist und sich durch das Gewaltmonopol (zumindest in Demokratien) einer legitimierten Regierung auszeichnet, findet Außenpolitik in einem dezentralen und anarchischen Umfeld ohne übergeordnete Sanktionsmacht statt.⁸⁹

Im Mittelpunkt der Außenpolitik steht, so Hellmann, der meist durch territoriale Hoheitsgrenzen identifizierbare Staat als wichtigstem Akteur sowie die auf Verfolgung der *Interessen* basierenden *Handlungen*, die sich aus den staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zusammensetzen.⁹⁰

Reimund Seidelmann fasst in seiner Definition »Außenpolitik« wie folgt zusammen:

»Mit und in Außenpolitik nimmt die im souveränen Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen gegenüber ihrem internationalen Umfeld wahr.«⁹¹

Im Gegensatz zur *internationalen Politik*, die die handelnden Staaten aus der »Vogelperspektive« betrachtet, nimmt die Außenpolitik den Blickwinkel der Akteure ein⁹²,

86 Vgl. Andreas Michaelis zit. n. Wilhelm, Andreas: Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München, Wien 2006, S. 6 f.; zit. als Wilhelm (2006).

87 Ebd., S. 7.

88 Hellmann/Gunther/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund: Deutsche Außenpolitik in der historischen und systematischen Perspektive, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 18.

89 Wilhelm (2006), S. 8; Waltz (1979), S. 102.

90 Hellmann (2006), S. 13.

91 Seidelmann, Reimund: Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 6. aktual. Aufl., Opladen 1995, S. 13.

92 Vgl. Wilhelm (2006), S. 8.

die sowohl politische Entscheidungsträger eines Staates, Diplomaten oder aber auch Parlamentarier sein können.

Die zentralen Akteure beziehungsweise Schaltstellen außenpolitischer Entscheidungsprozesse in Deutschland sind das Bundeskanzleramt, das Verteidigungsministerium, das Auswärtige Amt⁹³ und immer stärker das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Doch obwohl das Recht zur Initiative in der Außenpolitik weitestgehend bei der Bundesregierung liegt, haben auch die Parteien über ihre Fraktionen im Bundestag die Möglichkeit auf die außenpolitische Willensbildung einzuwirken. Dabei obliegt ihnen die Aufgabe, die in der Bevölkerung vorhandenen Meinungen, Interessen oder Einstellungen zur Außenpolitik zu bündeln, zu repräsentieren und in den politischen Prozess einzubringen.⁹⁴

Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen zur Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Gewalten in der Bundesrepublik Deutschland sind im Grundgesetz festgehalten. Doch im Gegensatz zu anderen Demokratien beinhaltet das Grundgesetz, aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, nicht nur verfahrensrechtliche Bestimmungen, sondern auch normative Postulate. Dazu gehören die Wahrung des Friedens⁹⁵, die Bereitschaft zu kooperativem Internationalismus⁹⁶, die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte⁹⁷ und bis 1990 die Wiederherstellung der deutschen Einheit.⁹⁸

93 Vgl. Korte, Rudolf: Bundeskanzleramt, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 203.

94 Vgl. Oppelland, Thorsten: Parteien, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 269; zit. als Oppelland (2007).

95 Präambel: »Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen [...]«; Art. 24 (2) GG: Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.; Art. 26 (1) GG: Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

96 Art. 25 GG: Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

97 Art. 1 (1): Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

98 Vgl. Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, 2. unwesentl. veränd. Aufl., München 2005, S. 9; zit. als Bierling (2005).